

GNIDA

Q2 G, Mo, 1.12.

Arbeitsblatt Doldstoßlegende No. 1

Arbeitsblatt Kapp - Lüttwitz - Putsch

- No. 1
- No. 2 kann nur in kooperativer Partnerarbeit erledigt werden, weil Schüler/In 1 die Ideologie des Putschisten und Schüler/In 2 die Haltung der Reichswehr bearbeitet hat

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Rundgebung!

Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichnenden Generallandschafts-
direktor Kapp-Königsberg i. Pr. übergegangen. Zum militärischen
Oberbefehlshaber und gleichzeitig als Reichswehrminister wird vom
Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr von Lüttwitz
berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat
wird gebildet.

Freiherr von Lüttwitz

General der Infanterie

Kapp

Generallandschaftsdirektor

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch war die erste große Existenzkrise, welche die Weimarer Republik im Frühjahr 1920 zu bestehen hatte. Unter der Verschwörergruppe „Nationale Vereinigung“ fanden sich unter anderem Erich Ludendorff, früheres Mitglied der OHL, General Walther von Lüttwitz, Wolfgang Kapp sowie Waldemar Papst, der die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts während der Revolution 1918/19 zu verantworten hatte, zusammen. Sie erhoben Protest gegen die Abrüstungsbestimmung des Versailler Vertrages, der am 10. Januar 1920 inkraft trat.

Demnach sollte die Heeresstärke des Deutschen Reichs auf 100.000 Mann reduziert werden, was für 300.000 Reichswehrangehörige und Freikorpsleute eine Entlassung bedeutete. Die Freikorps bestanden aus Soldaten, die nach dem Ersten Weltkrieg nicht den Weg ins Zivilleben gefunden hatten, da sie vom langjährigen Kriegsdienst zu stark geprägt waren und ihnen ein Leben außerhalb des Militärs nicht zusagte.

Am 10. März marschierte eine Marinebrigade nach Berlin um die Regierung zu stürzen, nachdem Ebert zwei Tage zuvor die Forderung Lüttwitz' nach Beibehaltung der Freikorps sowie Neuwahl des Reichstages und Reichspräsidenten abgelehnt hatte. „Reichwehr schießt nicht

auf Reichswehr“ antwortete General von Seeckt Reichswehrminister Gustav Noske (SPD), als dieser Truppen anforderte, die den Putsch militärisch niederschlagen sollten. Damit blieb der Regierung nur noch die Flucht nach Stuttgart, wenn sie nicht von den Putschisten in Gewahrsam genommen werden wollten.

SPD und Gewerkschaften riefen schließlich einen Generalstreik aus, dem sich die KPD, wenn auch zunächst widerwillig, anschloss. Vielerorts kam es zu bewaffneten Kämpfen. Am 17. März mussten Kapp und Lüttwitz jedoch einsehen, dass ohne entsprechendes Personal, Strom und Telefon sowie fließend Wasser nicht regiert werden konnte, worauf der Putsch landesweit zusammenbrach. Lüttwitz wurde mit Pensionsberechtigung aus der Armee verabschiedet, Kapp verstarb während seines Hochverratsprozesses an Krebs.

Ideologie der Putschisten

Nüse (Volkswirt)

Der völkische Neuaufbau Deutschlands. Die Wiederaufrichtung des deutschen Volksgebäudes unter rmanischem Rechte. 2. Auflage 1923)

Der neudeutsche Staat ist hervorgegangen aus dem Verrat einer Partei, die sich dem jüdischen Marxismus und Internationalismus verschrieben hatte, am Volksganzen. Er ist also ein geschichts- und wurzelloser Parteistaat ohne jeden Halt im Volke. Das Parteiwesen und der daraus entstandene Parlamentarismus sind durch und durch undeutsch und widervölkisch, weil sie nicht naturgesetzlich von unten heraufgewachsen sind, sondern gewaltsam nach fremden Vorbildern geschaffen wurden. Die Parteien zerreißen die Einigkeit der Volksgemeinschaft und lassen die Einheit von Volk und Staat nicht zu (...).

Der auf dem Parteiwesen beruhende Parlamentarismus ist der verkörperte Volksbetrug, denn dem Volk wird vorgegaukelt, er verbürge die Volksherrschaft, während das Wesen des Parlamentarismus das reine Gegenteil, nämlich Parteiherrschaft übelster Art ist.

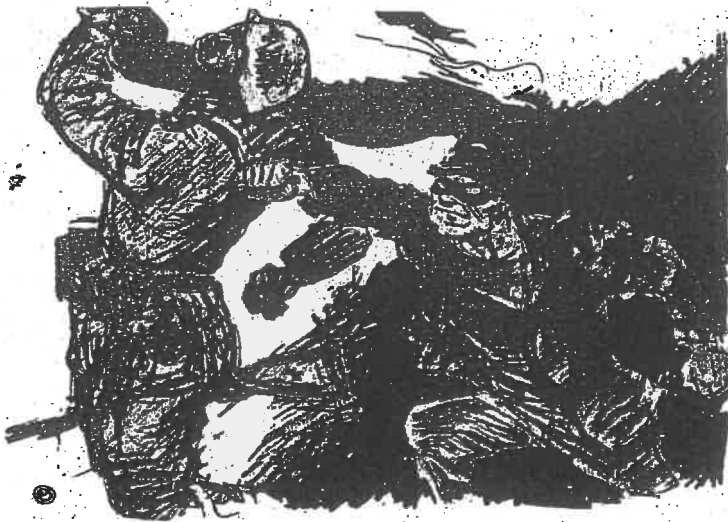
Adelbert Wahl (Historiker)

(Die Ideen von 1789 in ihren Wirkungen auf Deutschland, 1925)

Auch an unserem Zusammenbruch und dem völlig unzureichenden Charakter der Maßnahmen, nach diesem Zusammenbruch wieder aufzubauen, sind die Ideen von 1789 mit einem überreichen Maß von Schuld beteiligt. (...) Der grösste Gedanke, Deutschland durch Einführung der „westeuropäischen“ (lies: französischen) Verfassung zu hellen – was ist er anderes, als zu glauben, (...) Pariser Gesetze auf die deutsche Entwicklung draufstülpen zu können, ohne größeres Unheil anzurichten?

Wir wollen den Franzosen die Ideen von 1789 neidlos überlassen. Sie sind Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein. Uns sind sie wesensfremd, uns haben sie unsagbar geschadet (...) für uns sind sie noch heute: der Feind.

(in: Sontheimer, K.: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962, S. 146)



Wer hat im **Weltkrieg** dem deutschen Heere den Dolchstoß versetzt? Wer ist schuld daran, daß unser Volk und Vaterland so tief ins Unglück stürzen mußte? Der Parteisekretär der Sozialdemokraten **Väter** sagt es nach der Revolution 1918 in Magdeburg:

Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriebenen Flugblättern versehen. **Wir** haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Verfall allmählich, aber sicher vollzogen."

Wer hat die Sozialdemokratie hierbei unterstützt? Die Demokraten und die Leute um Erzberger. Jetzt, am 7. Dezember, soll das Deutsche Volk den

zweiten Dolchstoß

erhalten. Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit den Demokraten wollen und

zu Sklaven der Entente machen,

wollen und für immer zugrunde richten.

Wollt ihr das nicht,

dann

Wählt deutschnational!

Wahlplakat der DNVP

Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei (1920)

Für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums. Das Kaisertum hat uns auf den Gipfel staatlicher Macht geführt... In ruhigem Vertrauen harren wir der Zeit, wo die heilige Flamme vaterländischer Begeisterung die müde gewordenen Herzen und trägen Geister entzündet... und in der nationalen Einheit eines geläuterten Volkes unter den alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot das Kaisertum der Zukunft erwächst.

(nach: Michalka, Wolfgang / Niedhart, Gottfried: Die ungeliebte Republik, München 1980, S. 73)

General Walter von Lüttwitz (Oberbefehlshaber und Reichswehrminister in der Regierung Kapp) in einem Brief an Reichswehrminister Noske (1919)

Wie aber wird die Regierung ... durchdringen, wenn ihr Elemente ungestraft entgegnetreten dürfen, deren einziges Streben darauf gerichtet ist, auf den Trümmern unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung ihre nur aus Ehrgeiz und Egoismus, im besten Falle aus utopischen Ideen erstrebte Herrschaft zu errichten. Diese Schädlinge müssen rücksichtslos vernichtet werden. Kampf bis aufs Messer gilt es diesen staatsfeindlichen Elementen gegenüber. Rigorose Unterdrückung ihrer Presse und ihrer führenden Persönlichkeiten ist das einzig wirksame Mittel. Auch heute ist die Armee das Fundament der Staatsgewalt.

(nach: Tormin, Walter [Hg.]: Die Weimarer Republik, Hannover 1978, S. 106)

1. Arbeiten Sie aus dem Informationstext und den Quellen die Kritik der Putschisten an der Weimarer Republik heraus.
2. Arbeiten Sie die Gemeinsamkeiten zwischen der Reichswehr und der Ideologie der Putschisten heraus.

Die Dolchstoßlegende

Die militärische Niederlage 1918

Als die Alliierten am 18. Juli 1918 mit an Zahl, Ausrüstung und Versorgung überlegenen Kräften zur Gegenoffensive antraten und am 8. August bei Amiens die Front durchstießen, musste auch die OHL einsehen, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Hindenburg und Ludendorff konnten sich nicht dazu durchringen, den sofortigen Rückzug des Heeres in verteidigungsfähige, panzersichere Stellungen zu befehlen und so die militärische Voraussetzung für einen erträglichen Verhandlungsfrieden zu schaffen. Während die deutsche Front langsam, aber stetig zurückweichen musste, warnte die OHL sogar noch bis Anfang September ausdrücklich vor „übereilten“ Friedensschlüssen. In dieser Situation, nach vierjährigen Strapazen und hohen Verlusten, kam es bei den Fronttruppen und in der Etappe zu beträchtlichen Auflösungserscheinungen (nachlässige Ausführung von Befehlen, „Drückebergerei“, Urlaubsüberschreitungen und Ähnlichem). Der „verdeckte Militärstreik“ (Wilhelm Deist) erfasste im Sommer und Herbst 1918 annähernd eine Million Mann.

Seit dem Scheitern der großen Westoffensive, das sich trotz der Militäzensur nicht geheimhalten ließ, breitete sich auch in der deutschen Zivilbevölkerung eine tiefe Verunsicherung aus.

Auf Veranlassung Ludendorffs, des strategischen Kopfes der militärischen Führung, fand am 29. September 1918 im Großen Hauptquartier der OHL in Spa eine Krisensitzung des „Kronrates“ statt. Daran nahmen Kaiser Wilhelm II., Hindenburg und Ludendorff sowie als Vertreter der kaiserlichen Regierung („Reichsleitung“) Reichskanzler Graf Hertling und der Staatssekretär des Äußeren, Admiral Paul von Hintze, teil. Mit der übertriebenen Behauptung, die Front könne schon innerhalb von 24 Stunden zusammenbrechen, gelang es Ludendorff und Hintze (die sich abgesprochen hatten), den Kronrat für einschneidende Maßnahmen zu gewinnen.

Revolution von oben

Nach Angaben Hintzes einigte man sich auf eine schnelle „Revolution von oben“, das heißt auf die Ablösung der vom Kaiser ernannten Reichsleitung durch eine neue, erstmals vom Parlament (Reichstag) getragene Reichsregierung. Dadurch sollte verhindert werden, dass es bei einer weiteren Verschlechterung der militärischen Lage zu einer „Revolution von unten“ (nach dem abschreckenden Beispiel Russlands)

oder zu einem „Chaos“ kommen würde. Ferner beschloß man die „sofortige“ Übermittlung eines Waffenstillstandsangebotes an die alliierten Kriegsgegner – eine unangenehme Pflicht, die ohne diplomatische Vorbereitung einer Kapitulation gleichkam und deshalb der neuen Regierung zugedacht wurde. Welche Hintergedanken Kaiser, OHL und Reichsleitung mit ihrem abrupten Kurswechsel verbanden, ließ Ludendorff durchblicken, als er am 1. Oktober 1918 gegenüber seinen Stabsoffizieren die Kriegsniederlage erstmals offen eingestand: „Ich habe aber seine Majestät gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, daß wir soweit gekommen sind. [...] Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebröckelt haben.“

Gemeint waren die „Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands“ (MSPD), die linksliberale „Fortschrittliche Volkspartei“ und die katholische „Zentrumspartei“, die im Reichstag eine oppositionelle Mehrheit bildeten. Diese so genannten Mehrheitsparteien forderten seit vielen Jahren eine Demokratisierung des obrigkeitstaatlichen Kaiserreiches; insbesondere eine dem Parlament verantwortliche Regierung. Seit 1917 bemühten sie sich gemeinsam um einen ehrenvollen „Verständigungsfrieden“ ohne Gebietsverluste und Entschädigungen. MSPD, Fortschrittspartei und Zentrum sollten jetzt also die Verantwortung für den verlorenen Krieg übernehmen und die Suppe auslöffeln, „die wir uns und ihnen eingebröckelt haben“ – so hätte Ludendorff der Wahrheit entsprechend formulieren müssen.

Hindenburg vor dem Ausschuss der Nationalversammlung am 18. Nov. 1919 über die „Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918“:

„In dieser Zeit setzte die heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein [...]. So mussten unsere Operationen misslingen, es musste der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlussstein. Ein englischer General sagte mit Recht: „Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.“ [...] Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen.“

Arbeitsaufträge:

1. Vergleichen Sie den Sachtext und Hindenburgs Aussage zu den Ursachen der Kriegsniederlage. Wie erklären Sie sich die Unterschiede?
2. Beurteilen Sie, welchen Anteil die Dolchstoßlegende an den Wahlergebnissen zwischen 1919 und 1920 haben kann.

Noch vor der Verabschiedung der Verfassung hatte sich die Nationalversammlung mit dem Friedensvertrag befassen. Am 7. Mai 1919 erhielt die von (parteilosen) Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau geleitete deutsche Delegation den Entwurf, den die seit dem 18. Januar in Paris tagende Konferenz der Siegermächte – ohne Beteiligung der Deutschen – erarbeitet hatte.

Die vorgesehenen Gebietsverluste, Souveränitätsbeschränkungen, Reparationen und vor allem die Zuweisung der Alleinschuld am Krieg lösten in ganz Deutschland, quer durch alle soziale Schichten und politischen Lager, eine Entrüstungswelle aus. Ministerpräsident Scheidemann lehnte es am 12. Mai 1919 in der Nationalversammlung mit starken Worten ab, den Vertrag zu unterschreiben. „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte?“ Die Regierung durfte innerhalb von 14 Tagen Stellung nehmen. Jedoch wiesen die Alliierten fast alle deutschen Wünsche, Alternativen- oder Kompromissvorschläge (bis auf eine Abstimmung in Oberschlesien über die nationale bzw. staatliche Zugehörigkeit) ab.

Als Ebert am 23. Juni bei der OHL in Karlsruhe anrief, um sich nach den Chancen eines militärischen Widerstandes zu erkundigen, eilte Hindenburg vor die Tür, um nicht nur dem Reichspräsidenten sprechen zu müssen. Groener übernahm die Aufgabe, Ebert die Wahrheit zu sagen. „Die Wiederaufnahme des Kampfes ist [...] aussichtslos. Der Friede muss daher unter den vom Feinde gestellten Bedingungen abgeschlossen werden.“

